

# Der Gewerksverein.

Zentralorgan des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine (B.-D.).

Erscheint am  
1. und 16. jeden Monats.

Redaktion und Expedition  
Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/23.  
Fernsprecher: Amt Alg. 4720.

Abonnementspreis  
pro Vierteljahr M. 1.50.

Nr. 7.

Berlin, den 1. April 1921.

55. Jahrgang

## Inhalt.

**Maßnahmen zur Behebung der Arbeitslosigkeit.**  
— Die 7. Generalversammlung des Gewerksvereins der Deutschen Frauen und Mädchen (G.-D.). — Abänderung des Unfallversicherungsgesetzes. — Die amerikanischen Gewerkschaften. (Schluß.) — Soziales. — Arbeiterbewegung. — Aus dem Verbands. — Literatur. — Amtlicher Teil.

## Maßnahmen zur Behebung der Arbeitslosigkeit.

Die chronisch gewordene und selber immer noch steigende Arbeitslosigkeit in Deutschland und die damit verbundene Not besonders der langfristigen Erwerbslosen fordern ernsthafte Maßnahmen zur Behebung oder mindestens zur Milderung der Verhältnisse. Das Problem beschäftigt die Öffentlichkeit unentwegt seit dem unglücklichen Ausgang des Krieges. Die Arbeiterorganisationen, die Regierungen, die Parlamente, in letzter Zeit namentlich der Reichswirtschaftsrat haben die Frage wiederholt behandelt. Die meisten Vorschläge sind bisher nicht in dem Maße erfolgreich gewesen, wie man hoffte. Die jämmerliche Finanzlage des Reichs und seiner Teile (Länder und Gemeinden) und die ungünstige Wirtschaftslage haben die meisten Vorschläge unmöglich, teilweise wenigstens unwirksam gemacht. Dabei soll nicht verkannt werden, daß die produktive Erwerbslosenunterstützung manches zur Milderung der Lage beigetragen hat. Auch die im Sommer vorigen Jahres sich bessernde Wirtschaftslage zeitigte eine vorübergehende Hebung auf dem Arbeitsmarkt. Zurzeit jedoch ist die Lage trostlos.

Der günstigste Stand der Erwerbslosenziffern wurde im Vorjahre am 1. Juni erreicht. Sie betragen an unterstützten Vollerwerbslosen 371 660 mit 268 840 Familienangehörigen. Am 1. Februar d. J. wurden 432 318 Vollerwerbslose mit 495 284 Familienangehörigen unterstützt. Wenn man weiter an die Nichtunterstützten und die Kurzarbeiter denkt, so erhält man ein erschreckendes Bild der Lage des Arbeitsmarktes. Die allgemeine Weltwirtschaftskrise und die wirtschaftlichen Gewaltmaßnahmen der Entente lassen ein weiteres Ansteigen dieser Zahlen befürchten. Das ganze Elend wird noch deutlicher und die Beurteilung der Folgen der Arbeitslosigkeit noch dadurch bedauerlicher, daß die Statistik eine Häufung der Erwerbslosigkeit in bestimmten Gebieten feststellt. So hat Berlin 106 000 unterstützte Vollerwerbslose (etwa  $\frac{1}{2}$  der Gesamtziffern), Hamburg 24 000 und der Freistaat Sachsen 98 000.

Die Folgen der Arbeitslosigkeit brauchen an dieser Stelle nicht erörtert zu werden. Eine Andeutung genügt. Sie zeigen sich nicht nur in der materiellen Not des Erwerbslosen und seiner Familie, nicht nur in seiner erschütterten sittlichen und moralischen Auffassung, sondern auch in unserm gesamten wirtschaftlichen und politischen Leben. Je länger die Arbeitslosigkeit dauert, desto schlimmer werden die Verhältnisse. Nun sind aber im ganzen von den rund 430 000 Vollerwerbslosen allein rund 78 000 länger als 6 Monate dauernd erwerbslos, in Berlin 37 000, in Hamburg 5600, in Sachsen 22 000. Das sind erschütternde Zahlen, deren Eindruck nicht geschwächt werden kann durch die einzelnen Fälle verallgemeinernde Behauptung, daß sich darunter größtenteils auch Arbeitsunlustige befinden. Die meisten dieser Menschen wollen unbedingt in geordnete Verhältnisse hinein, und sie müssen hineingebracht werden, trotz aller Schwierigkeiten. Zum mindesten müssen alle Volkstriebe den ernstlichen Willen zeigen, den durch die ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse Erwerbslosen zu helfen.

Die Erwerbslosenunterstützung kann auf die Dauer keine Besserung bringen. Sie ist kein heilendes Mittel. Es müssen über die produktive Erwerbslosenunterstützung hinaus weitere Wege zur Behebung mindestens der schlimmsten Verhältnisse gefunden werden. Die Vertreter der drei Spitzenorganisationen der Arbeitnehmer haben kürzlich Gelegenheit gehabt, in einer Besprechung mit dem Reichspräsidenten, der die maßgebenden Ministerien hinzugezogen hatte, den Ernst der Lage darzustellen und die Vorschläge des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes in dieser Unternehmung zu erörtern. An vorgeschlagenen Maßnahmen war zunächst die Forderung aufgestellt, im weitesten Umfange eine sofortige Inangriffnahme öffentlicher Arbeiten herbeizuführen. Gedacht ist in erster Linie an die Erneuerungsarbeiten für die öffentlichen Verkehrsbetriebe und die Bereitstellung weiterer Mittel für öffentliche Arbeiten. Die Vergabe dieser Arbeiten soll die von der stärksten Arbeitslosigkeit betroffenen Bezirke zuerst berücksichtigen. Entsprechend der Größe des Auftrages sind Arbeitslose einzustellen, unter möglicher Beibehaltung etwaiger verfügbare Arbeitszeit. Bei technischer Durchführbarkeit sollen mehrere Schichten eingelegt werden. Zur Unterbringung eines weiteren Teils der Arbeitslosen sollen geeignete Aufträge an andere Betriebe vergeben werden, die sich ohne größere Schwierigkeiten umstellen können. Diese Arbeiten sind als Notstandsarbeiten anzusehen, bei denen zur Vermeidung von Streitigkeiten die Tarifschöne sichergestellt und die Unter-

### Die 7. Generalversammlung des Gewerkvereins der Deutschen Frauen und Mädchen (G.-D.)

fand an den beiden Osterfeiertagen in Berlin statt. Aus den verschiedensten Teilen des Reiches, wie auch aus dem von Deutschland abgetrennten Danzig waren Delegierte erschienen. Den Verhandlungen wohnte als Vertreter des Verbandes Kollege Klein bei. Auch andere Gewerkvereinsführer waren zeitweise als Gäste anwesend.

Den ersten Punkt der Tagesordnung nach den üblichen Begrüßungen und geschäftlichen Angelegenheiten bildete ein Vortrag über die Hausangestelltenfrage. An Stelle der angesagten, aber verhinderten Rednerin Frä. Dr. Gaebel sprach Frau Regine Deutsch. Sie stützte ihre Ausführungen auf den im Reichsarbeitsministerium fertiggestellten Entwurf eines Hausgehilfengesetzes, der in den Hauptpunkten weder die Billigung der Hausangestellten noch die der Hausfrauen-Organisationen gefunden habe. An der lebhaften Aussprache, die dem Vortrag folgte, beteiligte sich in erster Linie Frä. Paula Laube-Weipzig, die Vorsitzende eines dortigen Hausangestelltenvereins von etwa 200 Mitgliedern, die als Gast gekommen war, jedoch den baldigen Beitritt ihres nach gewerkschaftlichen Grundsätzen geleiteten Vereins in Aussicht stellte. Von Frau Leonhardt-Berlin wurde die Behrungsfrage im Haushalt angeschnitten, und nach einigen diesbezüglichen Erläuterungen von Frau Deutsch kam folgende Entschließung zu Annahme:

„Die Generalversammlung des Gewerkvereins der Deutschen Frauen und Mädchen (G.-D.) ist nach einem Vortrage über die Frage des künftigen Hausgehilfengesetzes, der Ueberzeugung, daß dieses Gesetz Bestimmungen über die Behrungsfrage enthalten müßte, oder aber, daß die allgemeine Regelung der Behrungsfrage einschließlich der Pflichtfortbildungsschule schleunigst in die Hand genommen werden müßte.

Schon jetzt ist es an vielen Orten schwer, 14-jährige Mädchen als Hausangestellte unterzubringen, da die Hausangestellten-Steuer für diese daselbe beträgt wie für voll ausgebildete Kräfte. Behrlinge im Haushalt dürften dann nur von solchen Hausfrauen angenommen werden, die eine Meisterprüfung abgelegt haben.“

Nicht auf der Tagesordnung stand der dann folgende kurze Vortrag von Frä. Stahlberg über „Die Technische Nothilfe“. Dem mit lebhaftem Interesse aufgenommenen Ausführungen zufolge erklärte sich die Generalversammlung mit deren Grundgedanken einverstanden. Sie ist überzeugt, daß durch die Technische Nothilfe keine Streikarbeit geleistet wird und empfiehlt ihren Mitgliedern deren Bestrebungen zu unterstützen.

Nach der Mittagspause gab die Geschäftsführerin Frä. R. Silbermann den Tätigkeits- und Kassenbericht. Es ist im Rahmen dieser kurzen Ausführungen nicht möglich, auf Einzelheiten der mit größter Sorgfalt zusammengestellten Uebersicht einer dreijährigen Geschäfts- und Vereinstätigkeit einzugehen. Nur soviel kann gesagt werden, daß der Kassenbestand einen bedeutenden Ueberschuß aufwies, der sich voraussichtlich in der nächsten Zeit, trotz der gestiegenen Unkosten noch vermehren wird, da bei den Sitzungsberatungen erhöhte Beitragssahlungen, aber auch erhöhte Bei-

stungen in Fällen von Krankheit, Arbeitslosigkeit und sonstigen Notständen beschlossen wurden. Eine Delegierte meinte bezüglich der künftigen höheren Leistungen des Vereins und des Beihilfefonds, diese seien das beste Agitationsmittel. An diese Aeußerung knüpfte Frau Deutsch an bei ihrem Schlußvortrag über „Agitationsfragen“. Auch hierbei ergab die Aussprache manche wertvolle Anregung.

Bei der nun folgenden Vorstandswahl lehnte die bisherige Hauptvorstandsvorsitzende Frau R. Wilhelm eine Wiederwahl auf das bestimmte ab. Es wurde Frau Scheffler zur ersten Vorsitzenden gewählt, zu ihrer Vertreterin Frau Brede. Frä. Silbermann übernimmt ihr bisheriges Amt weiter. Beisitzerinnen sind: Frau Hüttig, Frau Kleinknecht und Frä. Dettlefs. Auf allgemeines Dringen willigte Frau Wilhelm ein, das Amt der Hauptrevisorin zu übernehmen; Frau Schulz und Frä. Grötsch sind die anderen Revisorinnen.

Nach Schlußworten der Vorsitzenden der Tagung, Frau Ping-Danzig, und nach Dankesäußerungen von verschiedenen Seiten fand die alle Teilnehmer voll befriedigende Tagung ihr Ende.

### Abänderung des Unfallversicherungsgesetzes.

Von Anton Erkelenz, R. d. R.

In der Nacht vom 19. zum 20. März hat der Reichstag ein an sich kleines Gesetz über eine Reform in der Unfallversicherung endgültig angenommen. Die Wichtigkeit des Gesetzes selbst, aber auch die Auseinandersetzungen, die innerhalb des Reichstages darüber stattfanden, rechtfertigen es, an dieser Stelle die Angelegenheit genauer zu besprechen.

#### Allgemeines.

In einer Zeit, in der eine so ungeheure Entwertung des deutschen Geldes stattfindet, wird natürlich die Arbeiterversicherung davon stark berührt. Denn die Leistungen in der Arbeiterversicherung und Angestelltenversicherung basieren meist auf im Gesetz eng umschriebenen Voraussetzungen, die nach dem Friedensgeldwerte, d. h. nach Goldmark berechnet sind. Da die Papiermark nur den achten oder zehnten Teil des Wertes einer Goldmark hat, da sich also der innere Wert der Mark völlig verschoben hat, so sind natürlich die Leistungen der Versicherung unzureichend. Höhere Leistungen bedingen aber höhere Beiträge, anders gesprochen: wenn man verlangt, daß die Leistungen der Arbeiter- oder Angestelltenversicherung im selben Maße steigen, wie der Wert des Geldes gesunken ist, so müssen die Beiträge im selben Umfange steigen.

Man weiß, d. h. etwa zur Hälfte hat sich bisher die Krankenversicherung der Geldentwertung angepaßt. Aber sie läßt auch schon erkennen, wie hoch die Beiträge werden müßten. Neuerlich gibt es schon Krankenkassenbeiträge von drei Mark den Tag. In der Invalidenversicherung begnügt man sich bisher mit Zulagen und Beihilfen zu den Renten, zu denen die Mittel durch eine Beitragserhöhung um das fünf- bis zehnfache aufgebracht werden. Die nötige Reform, nämlich ein Aufbau höherer Lohnklassen läßt noch auf sich warten. Die Leistungen der Angestelltenversicherung sind noch nicht zur Auszahlung gelangt. Die ersten Zahlungen er-



nehmergewinne auf ein berechtigtes Höchstmaß zu begrenzen sind. Bei der Regelung der Vergütung der Aufträge sollen Vertreter der Arbeiterorganisationen hinzugezogen werden.

In den Fällen, in denen eine stärkere Beschäftigung der Arbeitslosen nicht auf diesem Wege erzielt werden kann, soll an das Solidaritätsgefühl der Vollbeschäftigten appelliert werden, um eine Kurzarbeit einzuführen und dadurch in mehreren Schichten Arbeitslose beschäftigt zu können. Das Opfer soll tragfähig gemacht werden, indem den Kurzarbeitern allgemein zu 2/3 der Lohnausfall entschädigt wird aus Mitteln des Reichs und der Arbeitgeber. Natürlich müssen alle Mittel benutzt werden, um die Vollarbeit bald wieder einzuführen.

Die Belebung des Baumarktes muß durch Bereitstellung öffentlicher Mittel in die Wege geleitet werden. Ferner ist eine möglichste Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung angeregt worden, um die größte Not zu lindern. Auch die Schulspeisung unbemittelter Kinder soll diesem Zwecke dienen.

Der Reichspräsident zeigte das größte Interesse für das Problem, und auch die Vertreter der verschiedenen Ministerien erkannten den Ernst der Lage und stellten für die einzelnen Ressorts eine eingehende Prüfung der Anregungen in Aussicht. Zu diesem Zwecke sollen Einzelberatungen unter Einziehung von Arbeitervertretern und Unternehmern stattfinden.

Der Durchführung der Vorschläge wird sich zweifellos eine große Anzahl von volkswirtschaftlichen Bedenken und technischen Schwierigkeiten entgegenstellen. Die Not der Arbeitslosen erfordert aber nicht nur eingehende Prüfung der vorgeschlagenen Maßnahmen, sondern auch einen allseitigen ernsten Willen zur möglichsten Erreichung des Zieles. Die bisherigen Durchsprachungen der Vorschläge ließen es daran auch nicht fehlen. Die Erörterung der Frage im Reichsarbeitsministerium, an der Unternehmer und Arbeitervertreter teilnahmen, brachte als Ergebnis die Erkenntnis, daß endgültige Resultate nur in fachlichen Beratungen zu erzielen seien. Die Mitwirkung der produktiven Erwerbslosenfürsorge bei Lösung der Frage wurde in Aussicht gestellt. Die weiteren Beratungen mit den Fachministerien haben gleichfalls begonnen. Leider müssen die Hoffnungen bezüglich der Staatsaufträge, abgesehen von den Aufträgen für die Eisenbahn, auf ein bescheidenes Maß zurückgeschraubt werden. Damit fällt schon ein Teil der Voraussetzungen für die Wirkung der Vorschläge.

Weitere Bedenken werden von den Unternehmern zum Ausdruck gebracht. Da ist zunächst die Verteuerung der Produktion durch die Einführung neuer Schichten. Sie wird von den Unternehmern auf 10 bis 40 Prozent geschätzt. Schon eine 10prozentige Produktionsverteuerung schädige unser Wirtschaftsleben außerordentlich und die Folgen davon werden später weiter einschränkend auf die Produktion wirken. Es sollen auch die Facharbeiter für die Einrichtung mehrerer Schichten fehlen. Namentlich besteht in der Metallindustrie an tüchtigen Reflektionsmiedern und Drechern schon jetzt ein fühlbarer Mangel, der vorläufig nicht behoben werden kann. Die Kurzarbeit für die zur Zeit noch Vollbeschäftigten würde diese unzufrieden machen, während die eingestellten Arbeitslosen gleichfalls keine

Befriedigung in der Kurzarbeit finden würden. Die Unternehmer stützen ihre Bedenken auf die Erfahrungen mit den Notstandsarbeiten im Jahre 1918.

Von den Vertretern der Arbeitnehmer wurde aber mit Recht darauf hingewiesen, daß die Produktionsverhältnisse inzwischen doch andere geworden seien. Vor allen Dingen habe sich die persönliche Leistungsfähigkeit der Arbeiter gesteigert. Die Einsicht für die Notwendigkeit einer möglichst hohen Produktivität der Wirtschaft ist durchaus auch in Arbeiterkreisen vorhanden. Die Facharbeiter mühten auf mehrere Schichten verteilt und durch ungelernete Arbeiter soweit wie möglich ergänzt werden. Vor allem würde die Entlastung der Wirtschaft von den heute gänzlich unproduktiven Kosten der Erwerbslosenfürsorge eine höhere Rentabilität der Produktion herbeiführen und die durch Einführung mehrerer Schichten entstehende Verteuerung der Produktion zum mindesten ausgleichen. Die Verminderung der Zahl der Arbeitslosen würde auch politisch günstig und durch Steigerung der Kaufkraft derselben produktionsfördernd wirken. Jedenfalls mühten die Vorschläge eingehend geprüft und wenn irgend möglich auch durchgeführt werden.

Einmütigkeit in allen Kreisen herrscht darüber, daß die Produktivität der Wirtschaft gesteigert werden muß, um die Arbeitslosen unterzubringen. Dazu gehört unserer Ansicht nach ein Preisabbau für die Konsumartikel der breiten Masse. Für die Textilindustrie hat unser Gewerbeverein der Textilarbeiter dahingehende bemerkenswerte Vorschläge in einer Eingabe an das Wirtschaftsministerium gemacht. Aufgabe der Berufsorganisationen muß es sein, für diese Frage praktische Maßnahmen ausfindig zu machen. Unseres Erachtens kann grundlegend die Minderung der Arbeitslosigkeit herbeigeführt werden durch eine starke Belebung des Baumarktes. Der Bau von Wohnhäusern würde sofort allen Gewerben und Industriezweigen Beschäftigung geben. Deshalb müssen alle verfügbaren Mittel des Reichs und der Privaten dafür zur Verfügung gestellt werden. Die Steigerung der Bautätigkeit schafft nicht nur Arbeitsgelegenheit für eine größere Anzahl von Arbeitslosen, sie würde auch unsere ganze Wirtschaft befruchten. Dazu gehört aber, daß man endlich aus der Diskussion über die Beseitigung der Wohnungsnot herauskommt und energisch handelt. Die schamhaft als Sanktionen bezeichneten Gewaltmaßnahmen der Entente zwingen ganz besonders dazu, denn sie werden eine weitere Steigerung der Arbeitslosigkeit bringen.

Eine tatkräftige Belebung des Baumarktes und eine weitere Prüfung der Durchführbarkeit der seitens der Arbeitnehmer gemachten Vorschläge dürften geeignet sein, die Arbeitslosigkeit in Deutschland auf ein erträgliches Maß herabzuschrauben. Für die nicht unterzubringenden Arbeitslosen, die Opfer unserer durch den Krieg zusammengebrochenen Wirtschaft sind, muß die Allgemeinheit ausreichende Mittel aufbringen, damit sie existenzfähig bleiben. Die Deutschen Gewerbevereine werden an der Lösung dieser Aufgaben in all ihren Teilen fröhlich mitarbeiten. J. R.

Jungen der andern Parteien. Schnell beantragte das Zentrum eine Erhöhung auf 12 000 M., die Sozialdemokraten eine solche auf 18 000 M., die Deutsche Volkspartei auf 7500 M. Damit war das Wettrennen mal wieder im Gange. Schließlich einigte sich die große Mehrheit des Ausschusses auf 12 000 M. Drittelungsgrenze, für die auch wir stimmten.

Zu Punkt 2 hatten die Sozialdemokraten eine Versicherungsgrenze für Betriebsbeamte von 30 000 Mark beantragt. Darüber hinaus sollten Betriebsbeamte der Unfallversicherung nicht mehr unterliegen. Ein Vertreter der Deutschen Volkspartei beantragte, diese Versicherungsgrenze überhaupt aufzuheben und alle Betriebsbeamte der Unfallversicherung zu unterstellen. Und in diesem Sinne wurde beschlossen.

Zu Punkt 3 hatten sich die Regierungsparteien mit der Regierung dabingehend geeinigt, daß schon im jetzigen Gesetz für die Altrentner, die fünfzig Prozent oder mehr Rente beziehen, eine Verdoppelung der Zulagen eintreten sollte. Die Linke beantragte, diese verdoppelte Zulage an alle Unfallrentner schon jetzt zu gewähren. Und es wurde in diesem Sinne beschlossen.

Zu 4 wurde als Grundlage der Renten und Beitragberechnung bei der Gewerkschaften die tariflich festgelegte Monatsbeurteilung festgelegt.

**Jedem das Seine oder jedem das Gleiche?**

Außerdem stellten die Abgeordneten Erlenz-Frau Dr. Bäumer noch folgende Anträge:

Unfallrentner, deren Erwerbstätigkeit um zwei Drittel oder mehr beschränkt ist, können, wenn sie unverschuldet durch Arbeitslosigkeit in eine besondere Notlage geraten, bei dem zuständigen Versicherungsträger eine vorübergehende Erhöhung der Rente beanspruchen.

Streitigkeiten aus dieser Bestimmung werden auf dem Rechtsweg der Reichsversicherungsordnung im Spruchverfahren entschieden. Das Oberversicherungsamt entscheidet endgültig.

Grundsätze für die Entscheidung, in welchen Fällen eine besondere Notlage vorliegt und wie der Nachweis zu führen ist, erläßt das Reichsversicherungsamt.

Steigt oder fällt der durchschnittliche Jahresarbeitsverdienst aller in den gewerblichen Berufsgenossenschaften versicherten Arbeitnehmer um mehr als Fünfzehn vom Hundert, so werden alle laufenden Renten um denselben Hundertsatz erhöht oder herabgesetzt.

Das Reichsversicherungsamt hat die amtliche Berechnung des durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienstes bis spätestens am 30. Juni für das vorhergehende Jahr vorzunehmen. Es weist darnach die Versicherungsträger an, die Anwendung der laufenden Renten vorzunehmen.

Schreiber dieses begründete diese Anträge etwa wie folgt: Es sei bei der heutigen Geldentwertung auf die Dauer unmöglich, bei dem bisherigen starren System in der Arbeiterversicherung zu bleiben. Wir seien arm geworden und würden noch viel ärmer werden. Wir müßten also sehen zu sparen, wo das Bedürfnis nicht so groß und so dringend, und müßten dort mehr geben als bisher, wo wirkliche Not vorhanden sei. Es sei eine der Schattenseiten der preussisch-deutschen Denkweise, daß man alles in eine Schablone presse. In der

Landwirtschaft seien z. B. zahlreiche Unfallrentenempfänger selbständige Bauern, denen es heute vielfach glänzend gehe, die reich würden. Das sei ihnen zu gönnen. Aber es bestehe kein Grund, ihnen noch eine Rentenerhöhung zuteil werden zu lassen. Solche Fälle gebe es, wenn auch weniger zahlreich, auch im gewerblichen Leben. In solchen Fällen soll man mit Zulagen vorsichtiger sein, soll aber das, was man so spare, dem wirklich Bedürftigen geben. Dafür suche der erste Teil des Antrages einen Weg zu zeigen. Vielleicht sei der Antrag verbesserungsfähig. Für jetzt komme es darauf an, den Gedanken überhaupt mal in die Aussprache hineinzuworfen. Der zweite Teil des Antrages mache den Versuch, die Renten schneller und reibungsloser dem veränderten Geldwert anzupassen. Er suche gewissermaßen nach einem Rentenindex. Es sei unsahbar, daß die Unfallrentner unabsehbar lange warten müßten, bis die Regierung einen Gesetzentwurf einbringe, bis das Parlament ihn berate usw. Es sei durchaus möglich, einen objektiven Maßstab zu finden, der ohne große politische Kämpfe jeweils dem praktischen Bedürfnis Rechnung zu tragen erlaube. Ein solcher Maßstab sei der amtlich festgestellte, durchschnittliche Jahresarbeitsverdienst. Allerdings sei es denkbar, den Maßstab z. B. auch nach den steigenden oder sinkenden Kosten des Lebensunterhalts zu berechnen. Vielleicht ließen sich auch noch andere Maßstäbe finden. Auch hier sei die Hauptsache, daß man sich mit dem Gedanken der selbsttätigen Anpassung der Renten einmal ernstlich beschäftige.

Die Regierung erklärte, diese Anregungen seien sehr wichtig, könnten aber in das jetzige Gesetz noch nicht aufgenommen werden, weil sie genauer durchgeprüft werden müßten. Die Berufsgenossenschaften hätten gegen den Vorschlag, und zwar besonders den ersten Teil, desfalls Bedenken, weil eine Unmenge unberechtigter Anträge zu erwarten seien, wodurch die Verwaltung stark belastet werde. Die Sozialdemokraten sprachen gegen die Anträge, weil sie den Grundsatz hätten, daß jeder gleich Berlehte verhältnismäßig dieselbe Rente haben müßte. Besondere Notlagen dürften dabei ebensowenig berücksichtigt werden wie besonders günstige Umstände. Der Vorzug der bisherigen Gesetzgebung liege eben darin, daß die Leistungen ziemlich genau festlägen. Die Anträge wurden gegen eine starke Minderheit abgelehnt, nachdem die Regierung in Aussicht gestellt hatte, sie werde bei der demnächstigen Novelle auf die Sache zurückkommen.

(Schluß folgt.)

**Die amerikanischen Gewerkschaften.**

(Schluß.)

Sind die A. C. W. trotz syndikalistischer Reigungen zielgemäß sozialistisch, um nicht zu sagen theoretisch-marginalistisch gerichtet, so vertreten die unter der abkürzenden Bezeichnung I. W. W. bekannten Industrial Workers of the World rein syndikalistische Bestrebungen.

Begründet wurde die Organisation im Jahre 1906, erlangte eigenartige Bedeutung erst im Jahre 1914 und erreichte einen Höchststand im Jahre 1917. Im Mai desselben Jahres gaben die verschiedenen Unionen als Mitgliederbestand folgende Ziffern an: Die Holzarbeiter: 30 000, die Erzgrubenarbeiter: 40 000, die Landarbeiter: 21 000, die Bauarbeiter: 15 000 und andere Industrieunionen zusammen etwa 10 000. In dem gleichen Jahre



folgen 1923 und zwar mit einer Rente, die im höchsten Falle auf fünftausend Mark Jahresgehalt berechnet ist. Es ist unzweifelhaft nötig, auch diese Beträge bald wesentlich zu erhöhen. In der Unfallversicherung sind die alten Renten durch Verordnung vom 5. 5. 20 durch eine Zulage je nach der Entstehungszeit erhöht worden und zwar um 50 bis 110 Prozent. Aber die Zulage wird gewährt nur für Renten über 50 Prozent.

Eine Gesetzesnovelle, die diese Zustände bessert, ist seit langem in Vorbereitung. Sie liegt augenblicklich im Reichsrat. Wenn sie nicht schon längst erledigt wurde, so hat das zwei Gründe: 1. die Ueberlastung des Reichstages und 2. der noch immer stark schwankende Wert des deutschen Geldes. Jede Neuordnung die durchgeführt wird, kann sich in wenigen Monaten als unzureichend, aber auch als übertrieben erweisen, wenn entweder der Geldwert weiter sinkt, oder wenn er erheblich steigt. Deshalb möchte man mit der Reform gern warten, bis der Geldwert auf irgend einem Beharrungspunkte angelangt ist. Es ist aber sehr zweifelhaft, ob man so lange warten kann.

**Notgesetz für die Unfallversicherung**

Deshalb hat das R.M. (Reichsarbeitsministerium) bereits im Herbst 1920 den Entwurf zu einer Verordnung vorgelegt, der in der Unfallversicherung die Drittelungsgrenze erhöhen wollte. Nach dem jetzigen Gesetz wird bei der Bemessung von Unfallrenten der Teil des Jahresarbeitsverdienstes, der 1800 M. übersteigt, nur mit einem Drittel angerechnet. Dasselbe geschieht bei der Bemessung der Umlagen für die Beiträge zur V.G. (Verufsgenossenschaft). Der Entwurf der Verordnung wollte die Drittelungsgrenze auf 5400 M. erhöhen, also verdreifachen. Im Reichswirtschaftsrat stimmten dem die Unternehmer zu, während die Arbeitnehmer die Grenze auf 7200 M. erhöhen wollten. Die Verordnung konnte aber im Herbst nicht erlassen werden. Deshalb brachte die Regierung ihren Entwurf als Gesetz in den Reichstag und zwar im Februar d. J. Zur Vorberatung ging dann der Entwurf an den VI. Ausschuss.

Es war klar, daß eine Drittelungsgrenze von 5400 M. völlig ungenügend war. Ein Arbeiter, der 18000 M. verdient, erhielt danach bei völliger Erwerbsunfähigkeit eine Vollrente von nur 6400 Mark. Zu erwarten war aber auch, daß verjüdet werden würde, bei dieser Gelegenheit noch andere dringende Fragen zu regeln. Als wir im Dezember v. J. im Reichstag die Beihilfen zur Invalidenversicherung beschloßen, wurde derselbe Ausschuss auch beauftragt, die Erhöhung der alten Renten aus der Unfallversicherung vorzubereiten. Ein zu diesem Zweck gebildeter Unterausschuss einigte sich Anfang März auf folgende Vorschläge Erkelenz-Andre:

1. die einfachen Zulagen des Gesetzes vom 5. Mai 1920 werden ab 1. April 1921 auch an Unterstützungsberechtigte gewährt, die von 33% bis 49 vom Hundert beziehen;
2. Rentenbezieher von 50 bis 74 vom Hundert erhalten eine Verdoppelung der seither bezogenen Zulagen;
3. Rentenbezieher von 75 bis 99 vom Hundert erhalten den dreifachen Betrag der seitherigen Zulagen;
4. Rentenbezieher von 100 vom Hundert erhalten den vierfachen Betrag der seither bezogenen Zulagen;

5. Unfallverletzte, die eine Rente von 66% v. D. und mehr beziehen, und die durch die Unfallfolgen unverschuldet in eine Notlage geraten sind, haben auf Antrag Anspruch auf Erhöhung der Zulage bis zum vierfachen Betrag der Zulage. Ueber den Antrag wird im gesetzlich vorgeschriebenen Verfahren entschieden. Das Oberversicherungsamt entscheidet endgültig;

6. steigt oder fällt der durchschnittliche Jahresarbeitsverdienst um mehr als 15 vom Hundert, so hat das Reichsversicherungsamt eine entsprechende Änderung der laufenden Renten und Zulagen anzuordnen.

Die Regierung erklärte sich mit den Punkten 1—4 einverstanden und sagte zu, die Punkte 5 und 6 noch genauer zu prüfen, da darin weittragende prinzipielle Neuerungen enthalten seien. Sie erklärte aber, auf keinen Fall zustimmen zu können, wenn versucht werden sollte, diese Vorschläge schon in das jetzt vorliegende Gesetz zur Änderung der Drittelungsgrenze hineinzuarbeiten. Dazu müsse ein besonderes Gesetz vorgelegt werden, damit auch der Reichswirtschaftsrat und der Reichsrat Gelegenheit erhalte, rechtzeitig Stellung zu nehmen.

Darnach ging der VI. Ausschuss zur Beratung des Drittelungsgesetzes über. Dabei ergaben sich

**folgende Hauptstreitpunkte:**

1. Wie soll die Drittelungsgrenze gezogen werden?
2. Wie hoch soll die Grenze der Versicherungspflicht für Betriebsbeamte festgelegt werden?
3. Inwieweit soll, trotz des Widerspruchs der Regierung, eine Erhöhung der Zulagen auch für die Altrentner schon jetzt beschlossen werden?
4. Wie kann die Erhöhung der Drittelungsgrenze auch Anwendung finden auf die besonders eigenartig liegenden Verhältnisse der Seevereinigungsgenossenschaft? Diese hat z. Bt. nur noch wenige versicherte Betriebe und ist praktisch bankrott, so daß sie z. Bt. nur durch Darlehen vom Reiche aufrechterhalten wird.

Die Regierung legte eine Berechnung vor, wonach bei den gewerblichen Berufsassociationen folgende Mehrbelastung jedes Jahr entstehe:

66 Mill. M.	bei Drittelungsgrenze von 5400 M.
77 " "	" " " " " 7200 "
106 " "	" " " " " 12000 "

Bei der ganzen Unfallversicherung, also einschl. Landwirtschaft, entständen jährliche Mehrbelastungen von:

252 Mill. M.	bei Drittelungsgrenze von 5400 M.
300 " "	" " " " " 7200 "
321 " "	" " " " " 12000 "

Und da jede Rente durchschnittlich zehn Jahre lang zu zahlen ist, so entstehe eine neue Kapitalbelastung von:

290 Mill. M.	bei Drittelungsgrenze von 5400 M.
445 " "	" " " " " 7200 "
734 " "	" " " " " 12000 "

Dementsprechend erklärte die Regierung keiner Erhöhung über 7200 M. zustimmen zu können. Trotzdem beantragten Erkelenz-Frau Dr. Bäumer eine Erhöhung auf 9000 M. mit der Aussicht, bei der demnächstigen Novelle zur V.G. weiter zu gehen. Dieser Antrag löste nun die

daß die überwiegende Mehrheit der Oberschlesier deutsch gesinnt ist.

Damit ist freilich noch nicht gesagt, daß dieses deutsche Land in seiner Gesamtheit bei dem Deutschen Reich verbleiben wird. Denn es ist leider nicht anzunehmen, daß die Entente sich nunmehr auf den allein richtigen Standpunkt stellen und erklären wird, daß nach dieser Entscheidung sich die Minderheit der Mehrheit zu fügen hat. Sie wird vielmehr, gestützt auf den Versailler Friedensvertrag, einzelne Teile des Landes herausreißen und den namentlich von Frankreich begünstigten Polen zusprechen. Die bisherigen Erfahrungen sprechen jedenfalls für diese Auffassung; wir würden uns herzlich freuen, wenn wir uns dabei getäuscht haben.

Für die nächste Zukunft ist das Schicksal Oberschlesiens noch in Dunkel gehüllt. Wird das Land gerissen, dann leidet darunter nicht nur Deutschland schwer, sondern die Entente selbst hätte den größten Nachteil davon, weil die Leistungsfähigkeit Deutschlands auf das stärkste beeinträchtigt würde. Polen andererseits aber hätte keinen Vorteil, weil es bei seinem völligen Mangel an Organisations- und Verwaltungstalent die Schätze Oberschlesiens nicht erprießlich auszunutzen versteht. Inzwischen treibt der polnische Terror, heimlich gefördert oder doch zum mindesten nicht gehindert von den Franzosen, sein blutiges Werk weiter. Die deutsche Gesinnung in Oberschlesien wird dadurch nicht unterdrückt werden, ebensowenig wie das gute Recht Deutschlands auf den Besitz dieses Landes verwischt werden kann.

**Abgelehnter Schiedsspruch im Ruhrbergbau.** Die Kündigung des Ueberschichtenabkommens durch die Bergarbeiter und die damit verknüpften weittragenden Folgen haben den Schlichtungsausschuß für den Ruhrbergbau beschäftigt, der am 13. März unter dem Vorsitz von Professor Dr. Franke folgenden Schiedsspruch fällt:

1. Vom 15. März 1921 ab werden an vier Tagen in der Woche im Anschluß an die 7stündige Arbeitsschicht je eine Stunde Ueberschicht zu dem wöchentlichen Lohnsatz von 100 Prozent verfahren.
2. In Verbindung damit wird folgender Lohnsatz unter und über Tage gewährt: 8 Mk. für alle 20jährigen, 6 Mk. für 18-20jährige, 5 Mk. für 16-18jährige, 3 Mk. für 14-16jährige.
3. Den Parteien wird empfohlen, den vom Bezirkslohnverband mit Beschluß vom 30. Dezember 1919 zur Verbesserung der Lebenshaltung der Bergarbeiter festgesetzten Betrag für die Löhne abgefahrener Kohle den Arbeitern zur Verfügung zu stellen.
4. Für die vier Ueberschichten wöchentlich wird durch in Verbindung mit der Reichsregierung zu treffende Verordnung ein Verbilligungszuschlag zur Bezahlung von 250 Gramm Fett, außerdem für die Arbeiter unter und über Tage ein Brotzuschlag von 375 Gramm gewährt.
5. Dieses Abkommen kann vom 15. März 1921 ab von jeder der Parteien mit einer Frist von 14 Tagen am 1. und 15. jeden Monats gekündigt werden.

In einer beigefügten protokolllarischen Anmerkung wird vorausgesetzt, daß der Gesetzesbeschluß der 7stündigen Arbeitsschicht im Steinlohlenbergbau unter Tage bis zum 15. April 1921 bei den gesetzgebenden Körperschaften eingebracht wird.

Dieser Schiedsspruch ist von der Mehrheit der Bergarbeiter abgelehnt worden, in der Hauptsache deshalb, weil sie in der Zustimmung der achten Arbeitsstunde den Anfang des Abbruchs der Siebenstundenschicht erblickten. Wir vermögen diese Befürchtung nicht zu teilen, denn wir halten es für ausgeschlossen, daß jemand ernstlich daran denken kann, den Bergarbeitern die Siebenstundenschicht wieder zu rauben. Das geht ja auch deutlich aus der protokolllarischen Anmerkung hervor. Das berechtigt uns zu der Hoffnung, daß mit der Ablehnung des Schiedsspruchs das letzte Wort bezüglich der Ueberschichten noch nicht gesprochen ist. Trotz mancher Gründe, die für das Verhalten der Bergarbeiter zu sprechen scheinen, fordert unsere wirtschaftliche und politische Lage gebieterisch, daß ein Weg der Verständigung zur Hebung der Kohlenproduktion gefunden wird.

**Der Wohnungsbau seit Kriegsende** ist nach einer Mitteilung aus dem Reichsarbeitsministerium, die sich auf neuere, allerdings noch nicht ganz vollständige Angaben der Länder stützt, in größerem Umfang gefördert worden, als bisher geschätzt wurde. Danach ist etwa mit folgenden Zahlen zu rechnen:

1. In Angriff genommen sind rund 210 000 Wohnungen, davon rund 60 000 Not- und Behelfswohnungen. Von diesen Wohnungen entfallen auf Orte über 100 000 Einwohner etwa 33 Proz., auf Orte von 20 000 bis 100 000 Einwohner etwa 19 Prozent, auf Orte von 2000 bis 20 000 Einwohner 28 Proz., auf Orte unter 2000 Einwohner 18 Proz.

2. Fertiggestellt waren am 1. Oktober 1920 rund 150 000 Wohnungen. Diese Zahl dürfte sich bis zum 21. Dezember 1920 um rund 15 000 vermehrt haben, so daß etwa mit 165 000 vollendeten Wohnungen gerechnet werden kann.

Das sind gewiß recht beachtenswerte Ziffern, die sogar noch eine Steigerung erfahren, wenn die endgültigen Ergebnisse vorliegen. Trotzdem wird damit nichts an der traurigen Tatsache geändert, daß die Wohnungsnot im deutschen Volke zum Himmel schreit und weitere energische Maßnahmen zu ihrer Beseitigung schleunigst getroffen werden müssen. Unserer gesamten wirtschaftlichen Lage würde damit aufgeholfen werden. Denn wenn das Baugewerbe blüht, dann haben nicht nur alle Bauhandwerker zu tun, die Maurer, Zimmerer, Tischler, Schlosser, Klempner, Maler, Töpfer usw., sondern auch die Tapezierer, die Tapetenbrüder, die Textilarbeiter und viele andere Kategorien, die für den Innbedarf von Wohnungen tätig sind, und wenn alle diese Gruppen Arbeit haben, werden sie konsumkräftig und können anderen Erwerbszweigen Beschäftigung geben.

## Arbeiterbewegung

Über die Zahl der organisierten Arbeiter in der Welt gibt eine vom Internationalen Arbeitsamt in Genf veröffentlichte Uebersicht Auskunft. Alle bedeutenderen Völker sind dabei berücksichtigt, mit Ausnahme von Rußland, für das sichere Grundlagen nicht vorhanden sind. Dagegen sind aufgeführt England, Deutschland, Frankreich, die Vereinigten Staaten, Italien, Belgien, Holland, Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, die Schweiz, Spanien, Oesterreich, Ungarn, die Tschechoslowakei, Jugoslawien, Kanada, Australien und Neuseeland. Im Jahre 1910 belief sich in allen diesen Ländern die Gesamtzahl der organisierten



jetzen unter Führung der I. W. W. verschiedene Streikaktionen ein, z. B. ein erfolgreicher Streik der Holzarbeiter zur Erläuterung des 8-Stunden-Tages und sanitärer Verbesserungen der Unterkünfte usw. Damit war das Signal für eine beispiellose Verfolgung der I. W. W. gegeben. Sie wurden geradezu für rechtlos erklärt; die geringste, wohl aber wirksame Beschuldigung war u. a. die Behauptung, daß sie in deutschem Golde ständen. Fast alle Führer wurden eingekerkert, sitzen zum Teil noch in den Gefängnissen, und fast täglich kann man auch heute noch von offiziellen polizeilichen Attentaten gegen die I. W. W. hören und lesen.

Selbstverständlich wurde, zumal anfänglich, die Organisation durch diese Attaken empfindlich geschädigt, die Mitgliederzahl schmolz beträchtlich zusammen. In den letzten Jahren nach dem Kriege aber wuchsen die Unions wieder. Sie haben schwerlich wieder ihren Höchststand erreicht, immerhin behauptete vor kurzem der Sekretär des „Allgemeinen Verteidigungskomitees der I. W. W.“, William D. Haywood, daß die I. W. W. „die stärkste radikalste Organisation in den Vereinigten Staaten“ darstellten und daß sie mehr Mitglieder hätten, „als die Sozialistische Partei, die Sozialistische Arbeiter-Partei, die Kommunistische und die Kommunistische Arbeiter-Partei zusammengekommen“. Die Angaben sind allerdings sehr vag und kaum nachzuprüfen. Die Organisation ist nicht so straff wie die der Gewerkschaften, die Mitgliederzahl der I. W. W. fluktuiert ständig, je nach dem Stand der industriellen Lage. Bei wirtschaftlichen Kämpfen suchen die I. W. W., wenn möglich, die Spitze und Führung zu nehmen, tauchen unermüdet in den Konfliktzentren auf und sammeln oft eine größere Anzahl von Anhängern für die Zeit der Kämpfe um sich, Eintagsanhänger, die meist nach Beendigung des Kampfes wieder abfluten.

Zur schriftlichen Propaganda stehen den I. W. W. 12 Zeitungen und Zeitschriften zur Verfügung, von denen vier in englischer, acht in schwedischer, spanischer, ungarischer, russischer, jüdischer und italienischer Sprache erscheinen.

Die Organisation setzt sich zusammen aus: 12 industriellen Unions, der sogenannten „General Rekrutierungs-Union“ (General Recruiting Union), die verschiedene kleinere zur Unionisierung noch nicht ausreichende Industriezweige erfasst, und einigen lokalen Gruppen. Eine radikalste Verfassungsänderung wurde auf der 10. Jahresversammlung 1916 beschlossen. Danach gilt als Einheit die industrielle Union, die eigengesetzlich die einzelnen Zweige ihres Industriezweiges organisiert. Fünf oder mehr Zweige in einem Orte bzw. einer Gegend bilden einen „Union distrikt council“ (etwa Bezirksbetriebsrat). Die Spitze der I. W. W.-Organisation ist der „Allgemeine Exekutivsausschuss“, der aus 7 Mitgliedern besteht. Wählbar sind lediglich Lohnempfänger.

Die Idee des revolutionären Klassenkampfes ist vorherrschend bei den I. W. W., die wirtschaftliche Aktion steht im Vordergrund, die politische wird nicht als „fundamentaler Faktor im Massenkampf“ anerkannt. Es ist danach selbstverständlich, daß sie mit dem russischen Sowjetssystem sympathisieren.

Im Gegensatz zur Auffassung der I. W. W. ist es gerade der Glaube an die Wirksamkeit politischer Aktionen, der die Gründung der „American Labor Party“ (Amerikanische Arbeiterpartei) — neuerdings Farmer-Labor-Party

— veranlaßte. Vorbild war den Gründern die britische Labor-Party, besonders überzeugend fanden sie ihr bekanntes Wiederaufbauprogramm. Der erste Schritt wurde getan von den Maschinisten von Bridgeport während eines Streiks im Sommer 1918. Ihre Tendenzen wurden im November desselben Jahres aufgegriffen von dem Vorsitzenden des Chicagoer Gewerkschaftsbundes (zur A. F. of L. gehörig) John Fitzpatrick und dem Sekretär E. R. Rodels und dem Amerikanischen Gewerkschaftsbund als die „14 Punkte der Arbeiterschaft“ präsentiert, mit der gleichzeitigen Aufforderung, eine Labor-Party zu gründen.

Die hauptsächlichsten dieser 14 Punkte fordern: Koalitionsfreiheit und Kollektivverträge; demokratische Kontrolle der Industrie durch Hand- und Kopparbeiter; 8-Stunden-Tag — 44-Stunden-Woche und Existenzminimum für alle Arbeiter; Abschaffung der Arbeitslosigkeit durch Stabilisierung der Industrie, öffentliche Arbeiten usw.; prinzipielle Gleichstellung von Mann und Frau; Gemeineigentum und Gemeinverwaltung für alle öffentlichen Einrichtungen (Eisenbahnen, Post etc.) und Nationalisierung der schlüsselbildenden Nationalische, Wasserkraft, un bebauten Landes und Ruderindustrie des Großgrundbesitzes. Es sind stark sozialistische Tendenzen und Überzeugungen, die sich so geltend machten, obwohl die Farmer-Labor-Party es grundsätzlich vermeidet, ihre Ziele sozialistisch zu nennen und in sozialistischer Art zu fundieren. Ihr Programm genügt jedenfalls, die Labor-Party mit der offiziellen Parteipolitik der A. F. of L. in Konflikt zu bringen. Das offenbarte sich bei der Gründung der New-Yorker Gruppe der Labor-Party. Samuel Gompers wies auf die Erfolge des Gewerkschaftsbundes hin, die er ohne entschiedene politische Stellungnahme und gerade durch diese Haltung erzielt hätte, und auf den Paragraphen der Statuten, wonach „Parteiaktivität, ob demokratische, republikanische, sozialistische etc. . . in der A. F. of L. nicht Platz greifen soll“. Ebenso entschieden aber betonten die Anhänger der Labor-Party ihre Zuneigung zu den sozialistischen Parteien. Die Farmer-Labor-Party lehnt gegenseitige Kandidaturen mit der demokratischen und republikanischen Partei, wie mit allen Parteien, die „für das Privateigentum an öffentlichen Einrichtungen“ (utilities) eintreten, ab, fördert dagegen die Kandidatur ihrer Anhänger in der Sozialistischen Partei, ebenso wie die Kandidatur von Sozialisten in der Farmer-Labor-Party. Gerade bei den letzten Wahlen vertrat allerdings die sozialistische Partei den engsten Parteistandpunkt und lehnte — sehr zum Schaden der eigenen Bewegung — ein Zusammengehen mit der Farmer-Labor-Party und die Aufstellung eines gemeinsamen Kandidaten ab.

## Soziales.

Die Abstimmung in Oberschlesien hat mit einem glänzenden Erfolge für die deutsche Sache geendet. Von insgesamt rund 1 187 000 abgegebenen Stimmen entfielen auf Deutschland 718 000 auf Polen 471 000. Nur in den Kreisen Pleß, Rybnik und Tarnowitz wurden polnische Mehrheiten erzielt. Abgesehen davon gibt es natürlich auch in den übrigen Kreisen einzelne Gemeinden mit polnischer Mehrheit, wie es umgekehrt auch dort, wo der Gesamtkreis überwiegend polnisch gestimmt hat, deutsche Gemeinden vorhanden sind. All das kann an dem Gesamtergebnis nichts ändern,

Arbeiter auf 10 833 000. im Jahre 1914 auf 13 222 000 und im Jahre 1919 auf 32 680 000. Damit hat die Macht der organisierten Arbeiterchaft einen gewaltigen Zuwachs erhalten, wenn auch zahlreiche Elemente eingeströmt sind, die erst noch die Schule der Ordnung und Disziplin durchmachen müssen.

### Aus dem Verbands.

Der Vorstand des Gewerkschaftsrings deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände hat in seiner letzten Sitzung folgende Entschliebung einstimmig angenommen:

„Wieder einmal häufen die Kommunisten Verbrechen auf Verbrechen und schonen weder Menschenleben, noch wirtschaftliche Gesamtwerte. Jede derartige Zerstörungsbauarbeit am deutschen Volke und der deutschen Wirtschaft, von welcher Seite sie auch kommt, findet unsern entschiedenen Widerstand. Der Vorstand des Gewerkschaftsrings erklärt, daß seine Mitglieder es ablehnen, sich an einem solchen verbrecherischen Wahnsinn und dem von kommunistischer Seite ausgerufenen Generalkrieg zu beteiligen. Er verurteilt dieses Verbrechen am Volke. Seine Anhänger werden sich von allen Handlungen fernhalten, die geeignet sind, das deutsche Wirtschaftsleben und damit auch unsere Gewerkschaftsbewegung zu schädigen.“

Von den Behörden verlangen wir, daß Leben, Eigentum und Arbeit aller Schichten des Volkes nachdrücklich geschützt werden.“

In der Zentralratsitzung am 18. März begrüßte der Vorsitzende, Kollege Raab, die neu eingetretenen Mitglieder Kollegen Joseph als Vertreter des Gewerkschafts der Eisenbahner und Kollegen Pantle als Vertreter des Gewerkschafts der Tabakarbeiter. Der Verbandsrevisor, Kollege Scholz, gab sodann den Bericht über das letzte Vierteljahr 1920 und erstattete im Anschluß daran den Jahresbericht für 1920, wobei er bemerkte, daß wie immer zu Beanstandungen irgend welcher Art keinerlei Anlaß vorliege. In die Berichte knüpfte sich eine ausführliche Debatte. Es wurde beschlossen, die durch die Abrechnungen gehenden Reste der Verbandswerte zu streichen und weiterhin zur Behebung der Finanzlage des Verbandes eine aus den Hauptkassierern der einzelnen Gewerkschaften bestehende Kommission einzusetzen, die gegebenenfalls auch Vorschläge für den Verbandstag ausarbeiten soll.

Von den Mitteilungen aus dem geschäftsführenden Ausschuß ist der Bericht des Kollegen Hartmann zu erwähnen über den Besuch einer holländischen Arbeiterdelegation deren Organisation auf dem Boden der Anschauungen der im Gewerkschaftsring zusammengefaßten Verbände steht. Es ist gelungen, mit den Holländern nach gründlicher Aussprache in ein gutes Einvernehmen zu treten, und zu erwarten, daß die angeknüpften Verbindungen zu festeren Beziehungen führen werden. Kollege Klein berichtete sodann über die Gründung der gewerkschaftlichen Barenversorgungskasse. Von unserer Seite sind die diesbezüglichen Verträge unterzeichnet und dann der Beitritt vollzogen worden. Damit erklärte sich der Zentralrat einverstanden. Ueber die Errichtung des Arbeit-

rinnensekretariats für den Gewerkschaftsverein der Frauen und Mädchen referierte Kollege Lewin. Die Herausgabe der Sammelisten für die streikenden Mitglieder des Gewerkschafts der Schneider wurde genehmigt. Kollege Keltke brachte den Dank seines Gewerkschafts für die Opferfreudigkeit der Gewerkschaftskollegen zum Ausdruck. Zum Schluß referierte Kollege Neustedt ausführlich über Vorschläge zur Behebung der Arbeitslosigkeit. Der Gedankengang seiner Ausführungen ist in einem besonderen Artikel dieser Nummer wiedergegeben. Der Vortrag wurde mit lebhaftem Interesse aufgenommen und führte zu einer regen Aussprache, in der wiederholt betont wurde, daß zur Behebung der Arbeitslosigkeit die Arbeitsgemeinschaften ein fruchtbares Gebiet der Tätigkeit finden müssen.

### Amtlicher Teil.

3. Quittung über die eingegangenen Sammelgeber für die im Streit befindlichen Mitglieder des Gewerkschafts der Schneider.

Frauen und Mädchen: Berlin I u. III 21. 10, Stutigart (Gastwirtschaftsgehilfen) 60, Fabrik- und Handarbeiter: Barop-102, Berlin V 50, Eggstein II 77,80, Eisen 74,50, Gulau 30, Jena 22, Kaiserlautern 50, Königsberg 55, Ostschlesien 35,50, Köhlerberg 140, Mühlheim-Dampfen 132, Neubrück 50, Ostfeld II 107,50, Pöschwitz 48, Rothensack 24, Schandorf 6, Schramberg 50, Schaffurt 30, Thale 10, Tschirndorf 13,70, Wanne-Röschinghausen 50, W. r. s. 50. Holzarbeiter: Danzig 60, Nürnberg 10, Schleuswig 35, Spandau 40. Maler, Lackierer etc.: Leipzig 6, Stettin 15, Zeitz 27. Metallarbeiter: Altdorf 158, Altenstadt 10, Pärenstein 30, Bammen 50, Berlin 228. 75, Berlin IV 50, Berlin V 42, Berlin VII 35, Berlin X 24, Bernburg 50, Böhle 49, Borstwalde 28, Brand 78, Drieg 29,15, Durgau 50, Dählbruch II 70, Damm 6, Dessau 90, Dornap 44, Duisburg I 70, Duisburg II 30, Elberfeld 70, Eller 100, Erfurt 83,50, Gießing 251, Gerndorf 100, Gulau 93,50, Jost i. L. 50, Frankfurt a. M. 25, Garenfeld 28, Gleiwitz V 53,85, Guben 43, Hagen-Böhlerheide 25, Hinderburg I 25, Höntrup 25, Hörde 234,50, Jungsblut 14, Johanniskal 6, Lippstadt 30, Lübeck I 25, Lünen 156, Malschwitz 50,50, Marktandorf 11,20, Melsdorf 50, Naumburg 16, Neukölln 50, Neuviertel 100, Rawonnes 108,50, Nürnberg 62, Peine 98,50, Primmernau 78, Quedlinburg 100, Rath 150, Reindorf 79,50, Reinscheid 300, Schmidtendorf 13,50, Schöningen 15, Schüren 24, Schwerte 100, Seidenberg 25, Senftenberg 20, Spandau 18, Spremberg 15, Stolp 67, Tetschau 69,50, Wegschad 45,45, Witten 145, Wolgast 30, Wschowitz 15. Schneider: Berlin I 420, Breslau II 30, Danzig 81, Elbing 259, Jost 27, Leipzig I 66, Potsdam 206, Stolp 147, Tetschau 20. Lederarbeiter: Gahnau 33,90, Langendorf 200, Mühlheim-Ruhr 50, Pfedderheim 50, Rostwein 58,50. Tabakarbeiter: Hagen 25. Legilarbeiter: Spremberg 50. Ortsverbände: Danzig 80, Görlitz 50, Pulsnitz 125, Rostwein 21,50. Ohne Angabe der Berufs: Antoni-Mechingen 10, Hauptmann-Hermisdorf (Knaust) 20, Scherffeger-Jena 48, Tiedt-Neuer 53,90, Rumm-Königsberg 25, Trüden-Kreutzschau 31. Zusammen 21. 8065,15. Bereits quittiert 21. 11. 874,90. Summa 21. 23. 940,05. Berlin, den 25. März 1921.

Rudolf Klein, Verbandskassierer.

Verantwortlicher Redakteur: Leonar Sewin, Berlin 20. 55, Greifswalderstraße 92-93. Druck und Verlag: Godeske u. Gallinet, Berlin 23, Potsdamerstraße 110.